

Alles wird teurer, aber...

"Arbeit muss billiger werden..."

Hinter all den bisher beschlossenen oder geplanten Einsparungen bei den Sozialversicherungen und den Einschränkungen der Rechte von Erwerbslosen und Arbeitenden steckt laut Bundesregierung das Ziel, die Arbeitskosten so weit zu drücken, bis die Unternehmen wieder Leute anstellen. "Man muss nur die Lohnkosten senken und die Welt wird schön." So tönt es aus allen Talkshows. Aber wer die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre verfolgt hat, wird schnell merken wie blödsinnig diese "Argumentation" ist. Reallohneinbußen für die Beschäftigten, Steuergeschenke und Subventionen für die Firmen, beides hat nicht ansatzweise zu einem Mehr an Beschäftigung geführt. Im Gegenteil, die zusätzlichen Geschenke wurden für Rationalisierungen (also weiteren Arbeitsplatzabbau) und immense Zuwächse bei den Managergehältern genutzt. Die Reichen wurden nur noch reicher. Das Ergebnis der "Agenda 2010" ist vorprogrammiert. Die Wachstums- und Beschäftigungsversprechen, die mit ihnen verbunden sind, werden sich als reine Fata Morgana herausstellen. Aber was nützen schon Fakten. Die Lohnkosten-Kampagne hat in den talkshowgedrillten Köpfen der Bevölkerung Fuß gefasst. Für die Wirtschaft heißt das Gebot der Stunde, die einmalig günstige Gelegenheit zu nutzen und das Sozialversicherungssystem gemeinsam mit den ArbeiterInnenrechten als "überflüssigen Ballast" zu entsorgen.

"Mich wird es schon nicht treffen!"

Viele meinen, dass es so schlimm schon nicht kommen wird oder dass sie selbst nicht betroffen sind. Die bisherige Erfahrung lehrt jedoch, dass die Wirtschaft und ihre Politiker so mit uns zu verfahren gedenken, wie mit dem Frosch im Kochtopf:

Wenn man einen Frosch in einem Topf setzt und das Wasser darin nur langsam erhitzt, dann bemerkt der Frosch den Temperaturanstieg nicht und wird bei lebendigem Leibe gar gekocht. Erfolgt der Temperaturanstieg zu schnell, rettet sich der Frosch mit einem beherzten Sprung.

Die Wirtschaft und ihre Politiker testen gerade das richtige Tempo aus, mit dem sie die Beschäftigten und die Arbeitslosen weich kochen können. Ihr liebstes Mittel dabei ist es, die Verschlechterungen in so komplizierten Modellen und so detaillierten Regelungen zu verstecken, dass die Betroffenen entnervt das Interesse verlieren.

Außerdem setzen sie auf die Spaltung der Betroffenen: Sie versuchen Arbeitende gegen RentnerInnen, RentnerInnen gegen BürgerInnen aus dem Osten, Arbeitende gegen Erwerbslose usw. auszuspielen.

Immer nah dran!



Gemeinsam
gegen
Sozialabbau und Rentenkürzung!

genug ist genug

Kontakt: genug ist genug, c/o Preisbuchladen, Hainbergstr. 7, 20052 Harford, V.L.S.d.G., K. Gehric
Tel. 0174-9619966, email: kontakt@genugistgenug.net, http://www.genugistgenug.net



Fortsetzung von Seite 1

In Wahrheit treffen die sogenannten Reformen der Bundesregierung alle - mit Ausnahme der Besitzenden. Egal ob Renten-, Gesundheits- oder Hartzgesetzte: Es sind die Lebensbedingungen aller gegenwärtigen oder früheren abhängig Beschäftigten, die massiv verschlechtert werden. Egal ob Eigenanteile bei der Krankenbehandlung erhöht, ob private Versicherungen für Zahnersatz eingeführt, ob ArbeitslosenhilfeempfängerInnen zu SozialhilfeempfängerInnen gemacht werden, ob Erwerbslose zu Billiglohnjobs gezwungen, ob Rentenansprüche oder Sozialhilfe gekürzt werden, betroffen sind immer die Gleichen. Der Sozialabbau kann von den Betroffenen nur gemeinsam verhindert werden.

Bevor wir es vergessen: Die **“Opposition”** ist auch nicht besser. CDU/CSU und FDP wollen über all das hinaus zusätzliche massive Sozialkürzungen (u.a. weitere Absenkungen beim Arbeitslosengeld II), deutlich weniger Kündigungsschutz, die Aufhebung des Flächentarifvertrages und Niedrigstlöhne ohne jede Untergrenze für die Bezahlung. Staatliche Leistungen sollen nur diejenigen erhalten, die für ihre Lebensgrundlage selbst arbeiten – und sei es in Beschäftigungsmaßnahmen der Kommunen, natürlich sozialversicherungsfrei. Die Folgen wären Wildwest-Methoden in der Wirtschaft, Erpressungsdruck



auf die Belegschaften und ihre Betriebsräte und eine Unterbietungskonkurrenz zwischen den Unternehmen, die selbst wohlmeinende Chefs (die soll es ja auch geben) bei Strafe des Untergangs dazu zwingen würde, die Löhne und Gehälter drastisch zu senken.

Außerdem soll im Jahr 2008 entschieden werden, ob das Renteneintrittsalter endgültig von 65 auf 67 Jahre erhöht werden soll. Für die Krankenversicherung sind hohe **“Kopfprämien”** von 200 Euro pro Person vorgesehen, die die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen gar nicht bezahlen könnten. Der Grundtenor von CDU/CSU und FDP: **“Reformen”** ja, aber noch schneller und noch schlimmer. Und wie bei der Regierung läuft alles auf eine weitere Begünstigung der Reichen und der Unternehmen hinaus.

Eine nennenswerte parlamentarische Opposition zu den **“Reform”**plänen gibt es also nicht. Egal welche Parteien gerade an der Macht sind, sicher fühlen kann sich nur, wer bereits die erste Million beiseite geschafft hat oder wer von sich behaupten kann, niemals alt, krank oder arbeitslos zu werden. Alle anderen sollten etwas gegen die Horror-Agenda und alles was ihr noch folgen wird unternehmen.

Die Versuchung ist groß, die Angst und den Frust, die damit verbunden sind, einfach zu verdrängen – aber das hilft nicht. Wer sich heute nicht wehrt, muss wissen: die nächste Kürzung kommt bestimmt. Also wehren wir uns gegen alle Formen von Sozialabbau und kürzen wir lieber die Gewinne der Reichen. Nur eine breite öffentliche Protestbewegung kann die Pläne der Parteien durchkreuzen.

Wir fordern:

Steuern bei den Unternehmen erheben statt Demontage der sozialen Absicherung!

Schluss mit der Gängelung und Beschimpfung Hilfsbedürftiger!

Grundsicherung für alle Menschen, die ein Leben ohne Not gestattet!

Die Umverteilung aller Arbeit statt Arbeitszeitverlängerung!

Schluss mit der Sozialabbau-Politik!

Menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle!

Ein kleiner Führer durch den Abbau- und Kürzungs-Dschungel

Bei dem "Reform"-Tempo, das die Regierung zur Zeit an den Tag legt, kann einem ganz schön schwindelig werden. Für alle, die den Überblick verloren oder sich wegen der ganzen Hiobsbotschaften zwischenzeitlich ausgeschaltet haben, haben wir hier alle wesentlichen Änderungen zusammengefasst.

Krankenversicherung

Eine "große Koalition" von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN hat gemeinsam eine Gesundheitsreform durchgesetzt, die am 1. Januar 2004 in Kraft tritt. Sie beinhaltet:

- Der Zahnersatz gehört ab 2005 und das Krankengeld ab 2007 nicht mehr zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen. Hier muss mensch sich, so er sich das leisten kann, entweder bei der gesetzlichen oder den privaten Krankenkassen selbst versichern.
- Patienten sollen generell 10 Prozent der Kosten für Medikamente, mindestens aber 5 Euro, maximal 10 Euro, tragen.
- Die Zuzahlung bei ambulanter ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung beträgt 10 Euro je Quartal und Behandlungsfall. Erfolgt eine Behandlung beim Facharzt auf Überweisung, entfällt dort die Zuzahlung.
- Bei Heil- und Hilfsmitteln, häuslichen Pflegeleistungen und Fahrten in Kranken- und Notfallwagen werden jeweils 10 Euro fällig.
- Bei Krankenhausaufenthalten fallen täglich 10 Euro Gebühr für maximal 28 Tage pro Jahr an.
- Nicht mehr bezahlt werden nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Taxifahrten zur ambulanten Behandlung, das Sterbegeld, Sterilisation aus nicht-medizinischen Gründen und das Entbindungsgeld. Sehhilfen erstattet die Kasse nur noch für Jugendliche bis 18 und schwer Sehbehinderte. Künstliche Befruchtung wird nur noch eingeschränkt bezahlt.
- Alle bisherigen Kostenbefreiungen (auch die für RentnerInnen) verlieren ihre Gültigkeit. Auch chronisch Kranke und Sozialhilfeempfänger müssen die Zuzahlungen leisten. Dafür sind Obergrenzen für die Zuzahlungen vorgesehen: Bei chronisch Kranken 1 Prozent des Jahreseinkommens, bei allen anderen zwei Prozent. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sind weiterhin befreit.
- RentnerInnen sollen in Zukunft den vollen statt den halben Krankenkassenbeitrag auf zusätzliche Einkünfte zahlen. Dies trifft auch für betriebliche Altersrenten zu.

Im Gegenzug soll der Krankenkassenbeitrag bis zum Jahre 2006 auf 13 Prozent absinken. Versicherungsbeiträge, an denen die Arbeit"geber" beteiligt sind, werden also günstiger, während für die Versicherten die Kosten weiter ansteigen. Die ArbeiterInnen und Angestellten müssen immer mehr Krankheitskosten aus der eigenen Tasche zahlen, bzw. sich privat versichern. Gesundheit und Lebensdauer werden damit immer mehr vom Geldbeutel abhängig. Schon heute leben Reiche im Schnitt sieben Jahre länger als Arme. Gleichzeitig wurden die Pfründe der Pharmaindustrie nicht einmal angekratzt. Die beschlossenen Kürzungen sind aber erst der Anfang. Rürup und Herzog haben schon Vorschläge unterbreitet, nach denen sich die Arbeit"geber" weiter aus der Finanzierung der Krankenversicherung verabschieden können.

Das Märchen von den

explodierenden Gesundheitsausgaben

Seit Jahren hält sich die Mär von den explodierenden Gesundheitsausgaben, weswegen ja auch so kräftig bei den Versicherten gespart werden müsse.

In Wirklichkeit nehmen die Kosten genauso stark wie das Wirtschaftswachstum zu. Das ist eine ganz normale Entwicklung wenn man will, dass es Fortschritte in der Medizin gibt. Der Anstieg der Beitragssätze ergibt sich vor allem aufgrund einer wachsenden Schieflage bei der Einnahmeseite. Die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenkassen werden bekanntlich aus den Löhnen der Abhängig Beschäftigten (incl. des sogenannten Arbeitgeberanteils) bestritten. Da der Anteil der Arbeitslöhne am gesellschaftlichen Gesamteinkommen jedoch gesunken ist und auch in Zukunft noch weiter sinken wird, hinken die Einkünfte der Krankenversicherung hinter der gesellschaftlichen Entwicklung her. Die wachsenden Vermögenseinkommen stehen dagegen nicht in der Versicherungspflicht.

Zahnersatz?



Nein Danke!
Jedenfalls für Kassenpatienten!
Eure Angie!

genug ist genug 

Kontakt: genug ist genug (e.V.) Postfach 100011, 10001 Berlin, Tel. 030 2532 1111, Fax 030 2532 1112, E-Mail: kontakt@genugistgenug.de, Web: www.genugistgenug.de

Arbeitslosigkeit

Im Dezember 2003 stehen in Herford 25.639 Erwerbslose 1.257 gemeldeten Stellen gegenüber. In anderen Städten sieht es nicht besser aus. Bundesweit sind es 4,185 Millionen registrierte Erwerbslose bei 373.000 offenen Stellen. Die meisten gemeldeten Stellen sind schlecht bezahlte Jobs ohne Tarifbindung, Minijobs oder Zeitarbeitsplätze. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit – immerhin 159 000 gemeldete Arbeitslose mehr als im Vorjahr – ist nur halb so stark ausgefallen wie offiziell erwartet. Florian Gerster, Chef aller Arbeitsämter, brüstet sich damit, dass dieser “moderate” Anstieg Ergebnis der “Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik” ist. Damit ist aber nicht gemeint, dass nun Menschen in Arbeit vermittelt wurden (die Zahl der Vermittelten sank um 170 000 in diesem Jahr). Gemeint sind vielmehr die verschärften Kontrollen und Schikanen. So ist es zum Beispiel gängige Praxis geworden, Alleinerziehende so kurzfristig zu Kursen zu verpflichten, dass sie keine Kinderbetreuung organisieren und nicht teilnehmen können. Ergebnis: Sperrzeit und Herausfallen aus der Arbeitslosenstatistik.

Änderungen beim Arbeitslosengeld

Schuldig an der Arbeitslosigkeit sind die Arbeitslosen, das scheint zumindest die Auffassung der Bundesregierung zu sein. Das kann man auch den Änderungen entnehmen, die die Regierung mit ihrer “Agenda 2010” auf den Weg gebracht hat:

So wird ab dem 1. Januar 2004 die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes generell auf 12 Monate begrenzt und für über 55jährige auf 18 Monate reduziert. Zuvor hatten Arbeitslose ab 45 je nach Lebensalter einen Anspruch bis zu 32 Monaten.

Die Höhe des Arbeitslosengeldes I wird nicht gekürzt. Dafür wird es aber verschärfte Sperrzeitenregelungen geben: Zwölf Wochen bei eigener Kündigung, drei Wochen bei Arbeitsablehnung, zwei Wochen bei “mangelndem Bemühen” eine neue Stelle zu finden. Den Nachweis, dass eine Stelle unzumutbar war, haben die Arbeitslosen künftig selbst zu führen. Durch die Agenda 2010 sollen die “Anreize”, sich um Arbeit zu bemühen, erhöht werden – mal sehen, wie die älteren Arbeitslosen, gestärkt durch diese Anreize, die Firmenchefs überzeugen, wieder ältere ArbeiterInnen und Angestellte einzustellen. 60 Prozent aller Betriebe beschäftigen heute keine über 50jährigen mehr – das sind die Realitäten. Es soll auf dem Rücken der älteren Arbeitslosen gespart werden, damit die Firmen “Lohnnebenkosten” sparen.

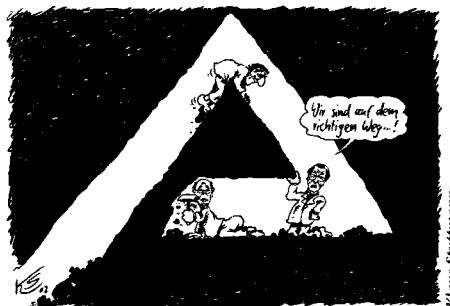
Reform durch Abschaffung: “Arbeitslosengeld II”

Damit sich der Spaß auch nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldanspruches in Grenzen hält, hat die Bundesregierung sich das so genannte Arbeitslosengeld II ausgedacht. Das soll ab dem 1. Januar 2005 die bisherige Arbeitslosenhilfe “ersetzen”.

Das der Sozialhilfe angegliche Arbeitslosengeld II beträgt monatlich 345 Euro plus Erstattungen für Wohnen und Heizen. In den ersten beiden Jahren gibt es noch Zuschläge, so dass jeder im ersten Jahr auf 505 Euro, im zweiten auf 425 Euro kommt. Danach ist das Arbeitslosengeld II ohne Zuschlag und beträgt mit 345 Euro genau so viel wie die Sozialhilfe.

Kostenfaktor Gerster:

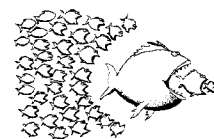
260.000 Euro Jahresgehalt;
1.800.000 Euro Chefetagen-Renovierung
7.500.000 Euro Umbenennungskosten
25.000.000 Euro Publika Relation (Reklame)
77.000.000 Euro für das Internetangebot (2004)
62.500.000 Euro für McKinsey & Co. (2003/04)
435.000.000 Euro für Datenverarbeitung (2004)



Für Erwerbslose:
Dumme Sprüche,
Erpressung,
Zeitarbeit,
Kürzungen,
Sozialhilfe!

genug ist genug

Kontakt: genug ist genug, c/o Provinzbuchladen, Hämelingstr. 2, 32062 Herford, V.i.S.d.P.: K. Gehrke
Tel.: 0174-5619588, email: kontakt@genugistgenug.net, http://www.genugistgenug.net



Fortsetzung von Seite 4

Arbeitslosengeld II kann man erst beziehen nachdem man sein gesamtes Vermögen ausgegeben hat. Das betrifft auch die private Altersvorsorge, z.B. private Lebens- und Rentenversicherungen (Diese müssen zurückgekauft werden, was mit einem Verlust von einem Drittel ihres Wertes einher geht). Ausnahmen sind die Riester-Rente sowie ein "Schonvermögen" von 400 Euro pro Lebensjahr. Jedes weitere Einkommen eines Haushaltes wird bei der Zahlung mit einberechnet. Wer also beispielsweise mit einem Partner oder einer Partnerin zusammen lebt, der/die ein Einkommen hat, verliert seinen Anspruch und ist künftig von ihm/ihr abhängig.

Wegen dieser Regelungen wird mehr als die Hälfte der Erwerbslosen nach dem Auslaufen des Bezuges von Arbeitslosengeld I keine Leistungen mehr erhalten. Weil sie von der Bundesanstalt (bald "Bundesagentur") für Arbeit künftig nichts mehr zu erwarten haben, werden sich viele der Betroffenen nicht mehr arbeitslos melden. Auf diese Weise wird in der Statistik die Zahl der Arbeitslosen weiter heruntergemogelt.

BezieherInnen von Alg II müssen außerdem jede legale Beschäftigung annehmen, auch Minijobs oder Zeitarbeit. Mindestlöhne gibt es nicht. Bei Ablehnung einer angebotenen Beschäftigung wird das Alg II für die Dauer von 3 Monaten um 30% gekürzt. Bei weiteren Ablehnungen kann das Alg II in 2 Schritten jeweils um weitere 30% gekürzt werden. Dabei ist es unerheblich, ob die Erwerbstätigkeit unzumutbar ist, z.B. weil man gerade ein kleines Kind erzieht. Die Kürzung kann auch schon erfolgen, wenn der Arbeitsvermittler "mangelndes Bemühen" bei der Stellensuche feststellt. Die ArbeitsvermittlerInnen sollen übrigens in Zukunft als "Fallmanager" leistungsabhängig bezahlt und auf diese Weise motiviert werden, die Arbeitslosen besonders an die Kandare zu nehmen.

Lehnen junge Menschen unter 25 ein Angebot ab, so wird das Alg II für die Dauer von 3 Monaten vollständig gestrichen. Im Kern soll das Arbeitslosengeld II dazu führen, dass die BezieherInnen gezwungen werden, jeden Job anzunehmen. Sie ist daher ein Mittel, die Löhne für alle Beschäftigten nach unten zu drücken.

Die Änderungen zum Arbeitslosengeld II befinden sich zur Zeit noch im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat. Zu erwarten sind dort aufgrund der Haltung von CDU/CSU und FDP noch weitere Verschärfungen.

###

"Leise Kürzungen"

Hat irgend jemand mitbekommen, dass die Rentenversicherungsbeiträge für Erwerbslose enorm gekürzt wurden? Wurden 1999 noch für einen Arbeitslosenhilfeempfänger 213 Euro pro Monat an die Rentenversicherung überwiesen, waren es 2002 nur noch ganze 99 Euro. Damit reduzieren sich die möglichen Altersbezüge entsprechend. Der Rentenversicherungsschutz für die Bezieher von Alg II ist noch umstritten. Wird er gestrichen, dann droht Altersarmut. Solche Kürzungen, die kaum an die Öffentlichkeit dringen, nennt man "leise Kürzungen". Auf die selbe Weise wird 2004 die Sozialhilfe beschnitten.

Jobwunder à la Hartz!



DIE SERVICE-OFFENSIVE! DAS JOBWUNDER IST MÖGLICH

Jeder Job muss
angenommen werden!

genug ist genug

Kontakt: genug ist genug, c/o Provinzbücherei, Hämelingstr. 2, 32062 Herford, V.i.S.d.P.: K. Gefährte
Tel.: 0174-9519620, email: kontakt@genugistgenug.net, http://www.genugistgenug.net



Kürzungen bei den Rentnern und Rentnerinnen

Steuergeschenke für die Lebensversicherer

Am 6. November 2003, gerade mal 5 Tage nachdem in Berlin über 100.000 Menschen gegen die Politik des sozialen Kahlschlags demonstriert hatten, beschließt der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von SPD und den Grünen die Kürzung der Renten für die jetzige und die künftigen Rentnergenerationen. Von diesen Beschlüssen treten am 1. Januar 2004 in Kraft:

- RentnerInnen müssen ab dem 1. April 2004 den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung bezahlen. Bisher war nur die Hälfte des Beitrages von 1,7 Prozent von den RentnerInnen zu tragen. Die Regelung bedeutet faktisch eine Kürzung der Rente um 0,85 Prozent, das sind im Durchschnitt 20 Euro pro Monat.
- Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 fällt aus. Das wird dazu führen, dass es im Jahr 2004 nicht einmal einen Inflationsausgleich geben wird. Real (bezogen auf die Kaufkraft) wird die Rente durch diese Regelung um mindestens 1 Prozent gesenkt – das wäre ein durchschnittlicher Kaufkraftverlust von weiteren 23,50 Euro.
- Die Schwankungsreserve der Rentenversicherung wird von 50 auf 20 Prozent einer Monatsausgabe der gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt.

Damit nicht genug. Weitere Maßnahmen wurden von der Regierung am 3. Dezember auf den Weg gebracht:

- Ab 2005 soll ein sogenannter Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt werden. Demnach wird bei der jährlichen Rentenanpassung das Verhältnis von Erwerbstätigen und LeistungsempfängerInnen berücksichtigt. Praktisch bedeutet das, dass steigende Erwerbslosen- und RentnerInnenzahlen durch ausbleibenden Inflationsausgleich zu regelmäßigen Kaufkraftverlusten bei RentnerInnen führen werden. Auch für die Jahre 2005 bis 2007 werden die Rentenanpassungen nur mit dem Mikroskop zu entdecken sein. Angepeilt wird von Politik und Wirtschaft die Absenkung des Bruttorentenniveaus auf ca. 38 Prozent.
- Das frühestmögliche Renteneintrittsalter nach Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit soll auf das 63. Lebensjahr angehoben werden. Diese Regelung soll ab dem Jahr 2006 greifen. Demnach soll von 2006 bis 2008 das mögliche Eintrittsalter schrittweise von 60 auf 63 Jahre erhöht werden.
- Zeiten der schulischen Ausbildung sollen mit Übergangsfristen ab dem Jahr 2005 nicht mehr für die Höhe der Rente angerechnet werden. Bisher werden 3 Jahre schulischer Ausbildung nach dem 17. Lebensjahr anrechnet. Mit dieser Regelung verliert ein abhängig Beschäftigter, mit einer dreijährigen schulischen Ausbildung, mit einem Schlag 58,80 Euro monatlichen Rentenanspruch.
- Die Hinterbliebenenversicherung ("Witwer/nrente") wird in den kommenden Jahren eingeschränkt werden.

Diese Kürzungen treffen nicht nur die jetzigen Rentner und RentnerInnen. Betroffen sind alle diejenigen, die abhängig beschäftigt und im Alter auf die Rente angewiesen sind. Dies sollte nicht vergessen werden.



Fortsetzung von Seite 6

Die Regierung will der Bevölkerung partout die private Altersvorsorge nahe bringen. Private Vorsorge ist aber immer nur eine Lösung für Leute, die es sich auch leisten können. Für den Normal-Beschäftigten nehmen die Reallöhne durch Lohndumping, Sozialabbau, Niedriglohnjobs drastisch ab - und damit auch das Geld für die geforderte private Vorsorge. Schon heute können sich nur 10 Prozent der Beschäftigten eine ausreichende Altersvorsorge leisten. Private Versicherungen sind außerdem mit erheblichen Risiken verbunden. Versicherungen sind nämlich darauf angewiesen, das Geld "arbeiten" zu lassen indem sie es unter anderem an den Börsen anlegen. Das birgt aber ein enormes Risiko. In den vergangenen drei Jahren haben sie auf diese Weise gerade mal 100 Milliarden Euro verzockt – Geld der Versicherten, das diese nie wieder sehen, wenn ein Versicherer pleite macht.

Außerdem wird den Bürgern die private Vorsorge sofort genommen, wenn sie auf Arbeitslosengeld II (siehe dort) angewiesen sind. Lebensversicherungen, private Rentenversicherungen und andere Anlageformen mit Ausnahme der Riester-Rente müssen erst aufgelöst und verzehrt werden, bevor man Arbeitslosengeld II erhält. Ausgenommen ist lediglich ein lächerlich geringes "Schonvermögen" von 400 Euro pro Lebensjahr. Man muss sich einmal klar machen, was das bedeutet: Menschen, die nach jahrzehntelangem Arbeitsleben unverschuldet arbeitslos werden und denen vom Arbeitsamt mitgeteilt wird, dass für sie wegen ihres Alters keine Stellen zur Vermittlung bereit stehen, werden systematisch in die Armut getrieben.

Sozialhilfe

Sie ist ein wenig aus dem Blick geraten, aber auch hier hat sich einiges getan, wenn auch eher still, leise und heimlich. Nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde die Armutsgrenze in der Bundesrepublik neu gezogen – natürlich wurde sie nach unten "korrigiert". Seit Jahren schon wurde die Sozialhilfe nicht mehr an die steigenden Lebenshaltungskosten angeglichen und schützt schon lange nicht mehr vor Armut. Jetzt wird im Zuge der anderen Reformen auch eine Neuregelung der Sozialhilfe auf den Weg gebracht, die parallel zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (sprich: Arbeitslosengeld II) läuft. Dadurch will sich der Staat jährlich 70 Millionen sparen.

Rund 345 Euro monatlich wird der Sozialhilfesatz künftig betragen. In dem monatlichen Satz sind etwa 40 Euro "Hilfe in besonderen Lebenslagen" enthalten. Auf diese Weise werden die einmaligen Leistungen wie zum Beispiel Bekleidungs- oder Möbelzuschüsse pauschaliert, die bislang in jedem Einzelfall geprüft und bei Bedarf gezahlt wurden. Dazu kommen noch Wohn- und Heizkostenzuschüsse, die aber in Zukunft ebenfalls pauschal bezahlt werden sollen.

Kinder bis 13 Jahren sollen künftig nur noch mit 45 Prozent berücksichtigt werden – bisher sind es je nach Bundesland 50 bis 65 Prozent. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband hat insbesondere diesen viel zu niedrigen Satz für Kinder kritisiert.

SozialhilfeempfängerInnen können von den Behörden bereits ab 1 Euro pro Stunde in Arbeit gezwungen werden. In Herford ist das schon gängige Praxis.

Wachstums - Rekorde 2003



1.016.089 Kinder,
690.144 Alleinerziehende
müssen von Sozialhilfe zu leben!
Es geht voran:
Mit Hartz & Co zu neuen Rekorden.

genug ist genug

Kontakt: genug ist genug, c/o Friedrichshagen, Heidekampstr. 2, 32525 Herford, V.D.S.G.F. K. Götting
 Tel. 05714 921000, email: kontakt@genugistgenug.de, Web: www.genugistgenug.de



Wie der Sozialhilfesatz festgelegt wird:

Berechnet wird der Bedarf eines Sozialhilfeempfängers anhand des Verbraucherverhaltens der ärmsten 25 Prozent der Bevölkerung. Davon werden aber wiederum nur bestimmte Prozentsätze eingerechnet. Bei Medikamenten (!) sind dies zum Beispiel nur 50 Prozent. Mit Hilfe solcher willkürlich festgelegter Prozentangaben kann der Gesetzgeber den Sozialhilfesatz so weit herunterrechnen wie es ihm passt.

Steuergeschenke für die Einen - Kürzungen für die Anderen

Der Deutsche Paritätische Wohlstandsverband nennt die hier geschilderten Maßnahmen den "massivsten sozialpolitischen Kahlschlag seit Bestehen der Bundesrepublik." Fast jedes zehnte Kind wird in Zukunft arm sein – im Moment ist es noch jedes fünfzehnte, was auch schon schlimm genug ist.

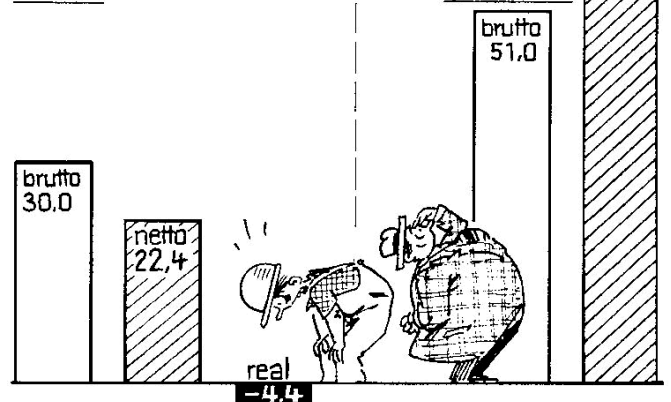
Die Reichen sind zu arm und die Armen sind zu reich, das scheint die Meinung von Wirtschaft, Politikern, Professoren, Medien und Talk-Show-Talkern zu sein. Während den Arbeitern und Angestellten die Gehälter gekürzt, Arbeitsplätze abgebaut und die Sozialbezüge drastisch abgebaut werden, werden die Bezüge der Chefs und Manager weiter erhöht, selbst wenn der Konzern Verluste macht. Florian Gerster, Chef aller Arbeitslosen, hat sich sein eigenes Gehalt großzügig verdoppelt und seine Chefetage teuer ausbauen lassen, von anderen Geldbeträgen die er großzügig austeilte ganz zu schweigen.

Als Argument für die Kürzungen müssen immer wieder die angeblich leeren Kassen herhalten. Dabei werden fast 78,5 Milliarden Euro allein an Steuergeldern jährlich an Personen und Unternehmen verschenkt, die diese Zahlungen leicht verkraften könnten. Dafür werden die Beschäftigten immer mehr

zur Auffüllung der Kassen herangezogen. Firmen können sogar die Kosten für die Verlagerung der Produktion ins Ausland von der Steuer absetzen. So belohnt der Staat den Export von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer. In den USA, dem großen Vorbild der so genannten Reformer, müssen Unternehmen übrigens eine Mindeststeuer von 20 Prozent auf ihre Gewinne zahlen.

Lohn- und Gewinnentwicklung 2002 zu 1991 in Prozent

Löhne*



Auf welche Steuern der Staat jährlich verzichtet:

Vermögenssteuer (abgeschafft):	9 Milliarden Euro
Körperschaftsteuer ("Einkommenssteuer für Unternehmen", auf 25 Prozent gesenkt):	15 Milliarden Euro
Steuern für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften (abgeschafft):	4 Milliarden Euro
Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer (von 53 auf 48,5 Prozent gesenkt):	6 Milliarden Euro
Abgeltungssteuer auf Zinserträge (auf 25 Prozent gesenkt):	4,5 Milliarden Euro
Steuerhinterziehung und Steuerschlupflöcher:	40 Milliarden Euro
Summe:	78,5 Milliarden Euro

Wir über uns

Wir sind eine unabhängige Gruppe aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen will, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns bei unseren Aktivitäten unterstützt.

Kontakt: genug ist genug, c/o Provinzbuchladen, Hämelingerstr. 22, 32052 Herford, V.i.S.d.P.: K. Gehrke
Tel.: 0174-5619589, email: kontakt@genugistgenug.net, <http://www.genugistgenug.net>